

Japanische Forschungen zu den Preußischen Reformen in Vergangenheit und Gegenwart

Akira Yamazaki

In der zweiten Hälfte der 1860er Jahre, fast zu gleicher Zeit, schufen einige westjapanische Länder durch kriegerische Aktionen aus zerstückelten Ländern einen einheitlichen Nationalstaat, und Preußen infolge der militärischen Siege gegen Österreich und Frankreich das Deutsche Kaiserreich. Rund 75 Jahre später machten beide Staaten, die von den Alliierten für militaristisch und faschistisch gehalten wurden, gemeinsam die Erfahrung der Niederlage. Nicht nur manche japanische, sondern auch einige amerikanische Historiker haben in der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts Besonderheiten ausgemacht, die mit der modernen Geschichte Japans manches gemeinsam haben, aber von der typischen westeuropäischen Modernisierung abweichen. Sie haben in der langen komplizierten Geschichte Deutschlands und Japans die epochenmachenden Wendepunkte gesucht, welche die beiden Nationen zum Sonderweg und zur Katastrophe im Zweiten Weltkrieg führten. Manche japanische Historiker haben den Keim des deutschen Sonderwegs in der preußischen Geschichte gesucht, und die negativen Seiten der deutschen gesellschaftlichen Modernisierung als Folge des allzu großen Einflusses von Preußen betrachtet. In Erwägung der großen Rolle, die Preußen bei der Gründung des Kaiserreichs spielte, wundert es uns nicht, dass man die Preußischen Reformen nicht als einen rein preußischen Vorgang Preußens, sondern als eine schwerwiegende Umwandlung ganz Deutschlands eingeschätzt hat. Die Abhandlungen japanischer Historiker über die Preußischen Reformen werden um so schärfer, als sie gegen die preußisch-deutsche Modernisierung eine kritische Haltung einnehmen.

Diese Ansicht läßt sich aber in der jetzigen japanischen Geschichtsschreibung kaum finden. Diese Tendenz ist uns verständlich, weil man in der gegenwärtigen Gesellschaft Deutschlands Spuren preußischer Tradition selten entdecken und ihre schöpferische Kraft für die Bildung der Mentalität der heutigen Deutschen nicht mehr wahrnehmen kann. Nicht nur die deutschen Historiker, sondern auch die japanischen Historiker sind jetzt der Auffassung, dass die deutsche Geschichte sich allzu sehr mit Preußen hat identifizieren lassen. Anstatt Preußen als Schöpfer des modernen Deutschlands zu betrachten, sollte man heutzutage vielmehr die Preußische Geschichte einschließlich der Preußischen Reformen in ihren Einflußbeziehungen zur ganzen deutschen Gesellschaft darzustellen.

Hier wird ein Überblick über die japanischen Forschungen zur Preußischen Geschichte versucht, mit dem Ziel, eine neue Ebene zu erreichen, auf welcher die japanischen Historiker weitere Fortschritte bei Forschungen über die Preußischen Reformen erzielen könnten.

1. Forschungen zur vergleichenden Wirtschaftsgeschichte

Unter welchen Bedingungen eine vollständige bürgerliche Gesellschaft entstehen könnte, war ein ernsthaftes Thema für die japanischen Historiker nach dem Zweiten Weltkrieg, welche das vormalige Regime Japans als irrational und unvernünftig kritisierten und ein ideales Modell der bürgerlichen Gesellschaft in der europäischen Geschichte suchten. Hier bildete sich in den 1950er Jahren eine einflussreiche Schule von Wirtschaftshistorikern, welche ihren Keim in einem kleinen Lesekreis hatte, der vor dem Krieg von drei Historikern (Hisao Ôtsuka, Kôhachirô Takahashi und Tomoo Matsuda) gebildet wurde.

In dieser Schule spielte Takahashi eine leitende Rolle, den Begriff der „Bürgerlichen Gesellschaft“ zu definieren¹. Er erklärte, dass sie keine suprahistorische und natürliche Gesellschaft, sondern eine provisorische Übergangsform der kapitalistischen Gesellschaft sei. Solange die feudale Grundherrschaft die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft bremse, sei es das unabhängige Bauerntum, das die geschichtliche Verantwortung übernehme, die feudale Herrschaft von Grund aus abzuschaffen, und mit Hilfe des industriellen Mittelstands die bürgerliche Gesellschaft zu bilden. Der Grund, warum Takahashi die bürgerliche Gesellschaft als eine Übergangsform definierte, lag darin, dass sowohl bäuerliche als auch industrielle Mittelstand das unvermeidliche Schicksal trügen, ihre eigenständige Stellung nicht zu halten, und sich in kapitalistische und proletarische Klassen zu polarisieren. Obwohl die bürgerliche Gesellschaft eine vorübergehende gesellschaftliche Erscheinung sein sollte, sei es doch zur ordentlichen Modernisierung jeder Nation unerlässlich, eine solche geschichtliche Stufe zu erleben.

Es wird mit gutem Grund als eine Eigentümlichkeit der japanischen vergleichenden Wirtschaftshistoriker genannt, dass sie die bäuerlichen Bewegungen hochgeschätzt haben. Sie hielten für den eigentlichen Träger der Entwicklungen weniger die politischen Bewegungen des Bürgertums als vielmehr die antifeudalistischen Bauernbewegungen. Takahashi bestätigte die Eigenart seiner Theorie, welche die bürgerliche Revolution auf die bäuerlichen Bewegungen reduzierte, wenn er den Unterschied zwischen seiner Ansicht und Lehre von Georges Lefebvre erklärte². Er schätzte gewiß, dass Lefebvre in seiner Lehre von der pluralistischen Revolution die Unabhängigkeit der bäuerlichen Bewegungen anerkannte, bezweifelte aber, ob Lefebvre Recht damit habe, ihren vorkapitalistischen Charakter, der sich der bürgerlichen Revolution nicht eingefügt hatte, so hoch einzuschätzen³. Wenn man Takahashi mit Historikern wie Lefebvre und Barrington Moore (Jr.)⁴, die gleichermaßen großen Wert auf die bäuerlichen Bewegungen legten, vergleicht, nimmt sich sein Standpunkt, das Bauerntum für den Hauptträger der Modernisierung zu halten, recht eigentümlich aus.

In der Folge konzentrierten Ôtsuka und Takahashi ihre Forschungen auf die Marktstruktur kapitalistischer Gesellschaften und die Formen der Ablösung der feudalen Grundherrschaften,

um Modelle von Modernisierung und kapitalistischer Gesellschaft formulieren zu können. Ihre Schüler folgten natürlicherweise dieser Lehre, wenn sie die Modernisierungsstruktur Deutschlands und die weitreichenden Einflüsse der Preußischen Reform analysierten. Tomoo Matsuda⁵ und Isao Hôjô⁶ waren solche Historiker, die anhand der Preußischen Geschichte ein Modell der Modernisierung formulierten, um zu erklären, warum einige kapitalistische Gesellschaften keine politische Demokratisierung mit sich gebracht hätten. Im Vergleich zu den westeuropäischen Ländern und Amerika mit ihren erfolgreichen bürgerlichen Revolutionen lasse Preußen sich in die Gruppe von Ländern mit besonderen Modernisierungsprozessen einordnen. Matsuda und Hôjô bemerkten nicht nur die bekannte politische Tatsache, dass es der Geschichte Deutschlands an der Erfahrung einer bürgerlichen Revolution mangelte, sondern sie hoben auch die negative Bedeutung der Agrarreform hervor, die zu den wichtigen Maßnahmen der Preußischen Reformen gehörte, indem sie diese dahin interpretierten, dass Junker als Herren sowohl in der ländlichen Gesellschaft als auch der Staatsverwaltung durch die Reform und die folgende Kapitalisierung auf Kosten der ländlichen Bevölkerungen fortleben konnten.

Die Lehre der komparativen Wirtschaftsgeschichte verfolgte mittelbar die Absicht, durch die Beurteilung der preußisch-deutschen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts die japanische Modernisierung nach 1868 als denselben Typ von kapitalistischer Gesellschaft zu kritisieren. Für sie war die preußisch-deutsche Geschichte also kein Fall europäischer hochzivilisierter Nationen, sondern ein Modell von Modernisierung, mit dem man die Struktur der japanischen Modernisierung analysieren konnte. Die Forschungen zur Modellbildung der undemokratischen Modernisierung ließen allerdings das Problem ungelöst, wie weit das Modell anwendbar war. Obwohl Takahashi, Matsuda und Hôjô mit dem Modell auf die Erklärung der japanischen Modernisierung zu zielen schienen, unternahmen sie es nicht ernsthaft, einen methodischen Vergleich zwischen den beiden Modernisierungen anzustellen. Die Anwendbarkeit des Modells auf den japanischen Fall und die Stellung des Bauerntums in der modernen Gesellschaft sind deshalb Schwachpunkte dieser Lehre geblieben.

2. Einflüsse der Sozialgeschichte auf die japanischen Historiker

Eiji Ôno war ein Wirtschaftshistoriker, der nicht nur Agrarverfassung, sondern auch Unternehmensformen, Arbeiterfrage, Wirtschaftspolitik usw. in umfassender Weise thematisierte, um die Struktur der preußisch-deutschen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts mit den englischen, französischen und amerikanischen kapitalistischen Gesellschaften zu vergleichen. Ôno äußerte keine Absicht, ein allgemeines Modell auf Grund der preußischen Geschichte zu formulieren. Seine Interesse richtete sich eher auf die besondere Struktur der deutschen modernen Wirtschaft. Er teilte gewiß die Meinung, dass die Basis der modernen deutschen Gesellschaft in der Agrarverfassung bestand, die von der Preußischen Reformen geschaffen worden war, aber er hielt es auch für wichtig, dass nach der Industriellen Revolution einige

typische industrielle Unternehmensformen entstanden waren, die sich mit der Herrschaft der Junker vereinbaren ließen. Er stellte hier die Stahlindustrie mit der patriarchalischen Arbeitsverwaltung als Unternehmensform vor, die sich mehr mit Kartellierung und militärischem Bedarf der Regierung als mit dem Fortschritt der Technik beschäftigte, um ihre Stelle im Markt zu sichern. Das Kaiserreich habe eine historische Mission erfüllt, dieser Wirtschaftsstruktur die politische Grundlage zu bieten, die als ein entscheidendes soziales Element immerhin bis in die Zeit des Nazi-Regimes fortgewirkt habe.

Ein ausführlicher Umriß der wirtschaftsgeschichtlichen Forschungen Ônos erschien schon in der ersten Hälfte der 1960er Jahre, und wurde im Jahre 1965 als selbständiges Buch publiziert⁷. Obwohl man in ihm die Einwirkungen Eckart Kehrs spüren kann, richtete er seine Arbeit doch unabhängig von der zeitgenössischen Sozialgeschichtsschreibung Deutschlands aus. In den 1970er Jahren begann er aus Sympathie für Hans-Ulrich Wehler und Jürgen Kocka, die neuen Tendenzen der deutschen sozialwissenschaftlichen Historiker in die japanische akademische Welt einzuführen⁸. Seine Annäherung an die deutschen Sozialhistoriker schien unvermeidlich zu sein, wenn man seinen kritischen Standpunkt gegen das undemokratische Regime des Kaiserreichs und seine strukturelle Methode der Geschichtsforschung bedenkt. Unübersehbar hat die preußische Geschichte im Fall Ônos eine völlig andere Bedeutung, denn Ôno beabsichtigte nicht, eine umfassende Modernisierungstheorie zu bilden, damit er die japanische moderne Gesellschaftsgeschichte kritisch analysieren könnte, sondern legte eine Typologie der europäischen kapitalistischen Gesellschaften vor dem Ersten Weltkrieg vor, um den Sonderweg der deutschen Modernisierung klar und deutlich zu machen.

Kazuyoshi Kawamoto ist der einzige japanische Historiker, der selbst auch streng nach der geschichtswissenschaftlichen Methode der deutschen Sozialhistoriker eine Untersuchung über die Preußischen Reformen vornahm⁹. Er fand zwei einander entgegengesetzte Seiten in der Gewerbepolitik des preußischen Staatskanzlers Hardenberg. Er bemerkte dort, dass die Reformpolitik einerseits die gewerblichen Schranken zwischen Stadt und Land beseitigte, um die ländliche Wirtschaft durch Gewerbefreiheit zu fördern, aber andererseits die Zünfte in den Städten weiter wirken ließ. Der Grund dieses Widerspruchs lasse sich in der zeitlichen Kluft finden, die zwischen dem Beginn der Gewerbefreiheit und der eigentlichen Industrialisierung entstanden sei. Im Verhältnis zu der Zunahme des Pöbels, für welche die liberalisierende Politik zum Teil verantwortlich gewesen sei, habe sie zu Beginn des 19. Jahrhunderts für die Unterklassen noch nicht genug neue Stellen schaffen können, da die Industrielle Revolution noch nicht begonnen habe. Der autoritäre Staat wurde infolgedessen gezwungen, auf diese sozialen Probleme zu reagieren, indem er die gewerblichen Organisationen anerkannte, damit sie zusammen mit der Verwaltung zur Berufsausbildung und Disziplinierung der Bevölkerung habe wirken können. Nach der Erklärung Kawamotos läßt sich der wichtigste Grund für den Ausbruch der Revolution von 1848 im Mangel an der Fähigkeit des autoritären Regimes finden, die von der Gewerbefreiheit ausgelösten sozialen Probleme zu beherrschen.

Wenn man die kritische Haltung der deutschen Sozialhistoriker gegen die negativen Nachwirkungen ihrer eigenen Modernisierung überlegt, ist es keineswegs rätselhaft, dass sie auf die japanische Historiker, die die problematischen Gemeinsamkeiten in der beiden modernen Staaten zu finden suchen, bedeutende Einflüsse ausgeübt haben. Doch bleibt hier die Frage offen, wozu die japanischen Historiker überhaupt nicht nur die japanische, sondern auch die deutsche Modernisierungsgeschichte aus derselben kritischen Perspektive darstellen mussten. Matsuda betrachtete die moderne preußische Geschichte als einen ungewöhnlichen Fall europäischer bürgerlicher Gesellschaftsgeschichte, durch welchen er aber ein allgemeineres Modell zu definieren unternahm, um die weltgeschichtliche Bedeutung der japanischen Modernisierung damit zu umschreiben. Die ihm folgenden japanischen Historiker aber haben ihre Gründe, warum sie gegen die preußischen Geschichte so kritisch sein müssten, umso schwerer finden können, als sie unter dem Einfluss der deutschen Sozialhistoriker gestanden haben.

3. Tendenzen der Stadtgeschichtsforschung

Obwohl die jetzigen japanischen Historiker die Tendenz repräsentierten, —anders als früher— weniger großen Wert auf die preußische Geschichte zu legen, muß man doch anerkennen, dass einige achtenswerte Abhandlungen über die Preußischen Reformen in den letzten Jahren in Japan veröffentlicht wurden. An ihnen finden sich die folgenden Gemeinsamkeiten:

- Sie sind ausgezeichnete Stadt- und Gewerbehistoriker.
- Sie halten es für wichtig, die Politik der beiden Hauptträger der Preußischen Reformen, Steins und Hardenbergs, zu unterscheiden, um die weitreichenden Ergebnisse der Reform zu begreifen.

Tetsuya Yamane, der mit Hilfe der durch E. P. Thompson vorgeschlagenen Lehre von der „Moral Economy versus Political Economy“ die Gewerbepolitik Hardenbergs untersuchte, sah dessen Ziel im Versuch, eine transparente Marktwirtschaft zu schaffen¹⁰. Die folgenden preußischen Regierungen haben auch an dem wirtschaftlichen Liberalismus festgehalten, was die Hardenbergsche Reform mit ihrer Politik der „Gewerbefreiheit“ eingeführt habe, um die traditionelle Sittliche Ökonomie abzuschaffen und den Unternehmergeist anzureizen. Während Kawamoto in den Preußischen Reformen die zwei gegensätzlichen Seiten—des wirtschaftlichen Liberalismus und der Anerkennung der gewerblichen Korporation—fand, hielt Yamane die liberale Wirtschaftspolitik für die einzige erwägenswerte Politik der preußischen Reformen. Doch das Prinzip des wirtschaftlichen Liberalismus sei nicht bis in die unteren Behörden durchgedrungen, weil die Stadtbehörden Furcht vor Massenbewegungen gehabt haben, die vom Standpunkt der Sittlichen Ökonomie aus gegen die steigenden Preise für Lebensmittel aufgekomen seien, und mit der Kontrolle über den Markt und die Preisbewegung die wütenden Bevölkerungsmassen zu besänftigen versucht hätten. Zum Beispiel könne man die Hungerunruhe, die ein Moment der Revolution von 1848 geworden sei, als eine gesellschaft-

liche Reaktion gegen die Gewerbefreiheit verstehen, vor der die Stadtbehörden immer Angst gehabt hätten. Die Regierung habe unter dem Druck der Verhältnisse nicht umhingekonnt, die Notlage der Städte dadurch zu entschärfen, dass sie den Stadtbehörden erlaubte, die Regulierung der Öffnungszeiten der Ladengeschäfte und die öffentliche Preisbindung für Brot wieder einzuführen. Die Städte hätten die Vermittlung zwischen der liberalen Wirtschaftspolitik der Regierung und der Sittlichen Ökonomie der Massenbewegungen übernommen.

Weil Yamane seine Gegenstände auf den Zeitraum von der Preußischen Reformen bis zur Revolution von 1848 beschränkte, bleibt unklar, ob und wie der Wechsel in seinem Blickwinkel in Zusammenhang mit der gesamten Veränderung der jetzigen Forschungen zur deutschen Geschichte stand. Keiichi Kitazumi publizierte eine Geschichte der preußischen Verwaltung¹¹, ein Politologe, der sich mit dem Studium der Stadtgeschichte beschäftigt und ein neues Bild Preußens zu bieten versucht. Er steht auf dem Standpunkt, dass die deutschen Städte als Körperschaften öffentlichen Rechts zur Entstehung des Sozialstaats in einem hohen Maße beitrugen, was man in der modernen japanischen Geschichte nicht finden kann. Wie es in der Natur des liberalen Historikers liegt, hielten Matsuda und Ôno das Kaiserreich für undemokratisch, und auch Kitazumi zeichnet es im Allgemeinen als autoritär. Doch schätzt er gleichzeitig, dass die Kommunalverwaltungen, welche vor allem in den großen Städten die leitende Rolle spielten, die Verwaltung des Kaiserreichs nach der bürgerlichen Öffentlichkeit ausgerichtet hätten. Die deutschen Städte des 19. Jahrhunderts, die noch einigermaßen unter dem Einfluß der traditionellen städtischen Autonomie standen, hätten die geschichtliche Aufgabe übernommen, mit der Einführung der Öffentlichkeit in die Verwaltung eine wichtige Vorbereitung für die Entstehung des Sozialstaats des 20. Jahrhunderts zu treffen. Die Reform der Stadtverfassung, die unter der Regierung Steins geplant worden sei, habe einen wichtigen Wendepunkt der preußischen Stadtverwaltung hin zu einer modernen bürgerlichen Verfassung bezeichnet. Freiherr vom Stein sei zwar frei von dem Gedanken gewesen, die Stadt als ständische Korporation zu betrachten, aber er habe bloß den fest Ansässigen mit Landbesitz für den eigentlichen Bürger gehalten und von ihm erwartet, dass er mit hoher öffentlicher Sittlichkeit an der Stadtverwaltung teilnehmen könne. Während des 19. Jahrhunderts hätten die liberalen und sozialistischen Bürger die Initiative zur Reform übernommen anstelle der traditionellen Kaufleute und Handwerker, um die Gebiete der Verwaltung zu erweitern und breite soziale Dienste zu bieten.

Anhand von Kitazumis Übersicht der städtischen Verwaltungsgeschichte läßt sich leicht verstehen, dass das Studium von Yamane in engem Zusammenhang mit der Verwandlung des letztthin von japanischen Wissenschaftlern gezeichneten Bildes der modernen deutschen Gesellschaft steht: die Kombination von transparenter Marktwirtschaftspolitik, die Kartelle auszuschließen sucht, und dezentralisiertem Staat, symbolisiert durch die vorbildliche Umweltpolitik der Städte. Die Preußischen Reformen bestehen aus zwei komplementären Teilen: aus der Politik Steins, die sich auf die aktive Teilnahme der Notabeln an der regi-

onalen Verwaltung richtete, und aus der Politik Hardenbergs, die unter dem Zentralstaat transparente Marktverhältnisse zu schaffen suchte. Die frühere Schule der komparativen Wirtschaftsgeschichte fand in den durch das Junkertum verdorbenen preußischen Reformen einen Anfang des Weges, der zur Entstehung des autoritären Kaiserreichs führte. Dagegen zeigen die jetzigen japanischen Historiker die Tendenz, die Preußischen Reformen eher nach dem Bild der heutigen demokratisierten Gesellschaft zu charakterisieren.

4. Ausblick

Im allgemeinen kann man jetzt in Japan kaum Beschreibungen finden, die auf Grund der preußischen Erfahrungen die allgemeinen noch auf die japanischen Geschichte anwendbaren Modelle von der undemokratischen Modernisierung zu formulieren versuchen. Die jetzigen japanischen Historiker haben vielmehr das Interesse, durch ihre Forschungen über die preußische Geschichte zu einer immer tieferen Kenntnis Europas beizutragen. Zum Schluß dieser Übersicht wird ein unter japanischen Historikern noch nicht genug diskutierter Punkt aufgezeigt. Es geht darum, die Bedeutung der ländlichen Gesellschaft für die bürgerliche Gesellschaft am Beispiel der Preußischen Reformen zu überdenken.

Zu den von japanischen Historikern noch nicht genug wahrgenommenen wichtigen Arbeiten gehören einige über die Zusammenhänge der Hardenbergschen Regierung mit dem Journalismus, die in den letzten Jahren von deutschen Historikern geschrieben worden sind. Diese Forschungen sind aus Interesse an dem im 18. Jahrhundert sich entwickelnden öffentlichen Raum entstanden. Barbara Vogel stellte uns zuerst die Wichtigkeit dieses Gesichtspunkts vor, um die Forschung über die Preußischen Reformen auf einen neuen Stand zu erheben¹². Ihr Werk, das in Japan nur als Studium des Gewerbewesens rezipiert wird, leistete zudem einen Beitrag zur Erklärung, in welchem Verhältnis die Regierung Hardenbergs zum öffentlichen Raum stand. Hardenberg, der im Allgemeinen als diktatorisch kritisiert worden sei, habe letzten Endes seine Politik auf die öffentliche Meinung zu gründen versucht. Es sei ihm völlig bewußt gewesen, dass einerseits die Öffentlichkeit zum sittlichen Richter über die Politik werden könnte, andererseits die Regierung diese absichtlich steuern könnte. In Hinsicht sowohl auf das politische Prinzip als auch auf die politische Methode kann man die Hardenbersche Regierung für modern halten. Nach der weiteren Behandlung des Themas durch Bernd v. Münchow-Pohl¹³, Andrea Hofmeister-Hunger¹⁴ und Ludger Hermann¹⁵ gehört der Zusammenhang zwischen der Regierung und der öffentlichen Meinung zu den ergiebigsten Aspekten im Forschungsgebiet der Preußischen Reformen.

Es ist unsicher, ob die angegebenen Forschungen ihr Augenmerk nicht übermäßig auf die Beziehungen der Regierung zur öffentlichen Meinung in Berlin konzentrierten. Das Verhältnis zwischen der Hardenbergschen Regierung und der Öffentlichkeit nimmt sich ganz anders aus als in Paris. Es stellt sich in Frage, ob der Journalismus in Berlin wirklich die Macht hatte,

die gesamte preußische öffentliche Meinung gegen die Regierung zusammenzufassen. Der regionale Riß der öffentlichen Meinung verhinderte gewiß, während der Preußischen Reform den Konstitutionalismus auf nationaler Ebene zu verwirklichen. Doch wie die deutsche Aufklärung des 18. Jahrhunderts sich in den Provinzstädten in unterschiedlichen Formen entwickelte, so blühten die öffentlichen Meinungen des 19. Jahrhunderts unterschiedlich sogar im Preußischen Staate selbst, was keine Unvollständigkeit bedeutet. Dieser regionale Pluralismus beeinflusst noch die jetzigen deutschen Verhältnisse des Journalismus, des Verlagshandels und der akademischen Welt.

Man kann bei der Erörterung des kulturellen Hintergrunds der ländlichen Gesellschaft die Wichtigkeit des Pluralismus für deren Modernisierung bemerken: Die unterschiedliche Formation der Öffentlichkeiten in den Provinzstädten bringt auch nahe Beziehungen mit der ländlichen Gesellschaft mit sich. Hier kann man sich zum Beispiel an die Bedeutung der patriotischen Gesellschaften erinnern¹⁶. Diese Gesellschaften wurden in der letzten Hälfte des 18. Jahrhunderts zum Zweck der Förderung der regionalen Erziehung, Ackerwirtschaft und Industrie hauptsächlich durch Adel, Beamte, Bürger und Geistliche in den verschiedenen Gegenden Deutschlands gestiftet. In Brandenburg wurde auch die Märkische Ökonomische Gesellschaft zu Potsdam 1792 unter der Leitung des Pädagogen Friedrich Eberhard von Rochow gegründet, um durch die Veröffentlichung von Zeitschriften¹⁷ die Ackerwirtschaft und die bäuerliche Bildung in Brandenburg zu heben. Zwar wurden in der ländlichen Bevölkerung nicht viele Leser erwartet, aber Rochow hatte die Absicht, ein Netz von Lesern in der ländlichen Gesellschaft auszubreiten, und den Bauern durch die Pfarrer die Inhalte der Zeitschriften mitteilen zu lassen. Zudem versuchte er, durch die Reform der ländlichen Erziehung das Landvolk zur Aufklärung zu leiten¹⁸. Der Agrarwissenschaftler Albrecht Thaer war bereits in der Celler Sozietät und Landwirtschaftsgesellschaft tätig gewesen¹⁹, bevor er die Agrarreform Preußens während der Hardenbergschen Reform theoretisch fundierte, mit der neuen Agrartechnik in Gut Möglin experimentierte und diese Technik durch die Veröffentlichung der Möglinschen Annalen der Landwirtschaft verbreitete. Die Preußischen Reformen erzielten nicht nur die Wiederherstellung der staatlichen Finanzen²⁰. Die Agrarpolitik der Reform versuchte vielmehr auf Grund der agrartechnischen und pädagogischen Unternehmen einiger patriotischer Gesellschaften die ländliche Gesellschaft in die bürgerliche Gesellschaft einzubeziehen.

Auch wenn man in der preußischen Geschichte Möglichkeiten finden kann, die ländliche Gesellschaft in die moderne bürgerliche Gesellschaft einzugliedern, liegt doch kein Grund vor, die Bauernbewegung als Gründer der bürgerlichen Gesellschaft zu betrachten. Es läßt sich nicht leugnen, dass Ordnungen und Machtverhältnisse in der ländlichen Gesellschaft der Modernisierung Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert häufig Hindernisse in den Wege legten. Trotzdem kann man den dauernden Bestand des Bauerntums für wünschbar halten. Wenn man heftig kritisiert, dass eine Klasse, der es an Konkurrenzfähigkeit mangelt, auf

undemokratischem Wege ihre Interessen durchzusetzen versucht, so geschieht dies keinesfalls aus dem Grund, dass man die Existenz des Bauerntums in der modernen Gesellschaft nicht für berechtigt hält. Eine Eigentümlichkeit der europäischen traditionellen Gesellschaft bestand darin, dass die ländliche Gesellschaft fortwährend ihre Unabhängigkeit gegen die großen Städte behaupten konnte. Die europäischen modernen Gesellschaften, einschließlich Deutschlands, können stärker als asiatische Länder trotz verschiedener Schwierigkeiten die lebendigen ländlichen Gesellschaften in sich erhalten. Man darf die Preußischen Reformen als ein großes europäisches Unternehmen interpretieren, das auf die Eingliederung der ländlichen Gesellschaft in die bürgerliche moderne Gesellschaft zielte.

-
- 1 Kôhachirô Takahashi, Kindai shakai seiritsu-shi ron [Entstehung der Modernen Gesellschaft]. Tokyo 1947.
 - 2 Kôhachirô Takahashi, Shimin kakumei no kôzô [Struktur der Bürgerlichen Revolution]. Tokyo 1950, S. 18-20.
 - 3 Georges Lefebvre, Quatre-vingt-neuf. Paris 1939.
 - 4 Barrington Moore, Jr., Social Origins of Dictatorship and Democracy. Lord and Peasant in the Making of the Modern World. Boston 1966.
 - 5 Tomoo Matsuda, "Kindai" no shiteki kôzô ron [Geschichtliche Struktur der "Modernen Welt"]. Tokyo 1948.
 - 6 Isao Hôjô, Puroshia-gata kindaika no kenkyû [Forschungen über den preußischen Typ der Modernisierung]. Tokyo 2001.
 - 7 Eiji Ôno, Doitsu shihonshugi ron [Kapitalismus Deutschlands]. Tokyo 1965.
 - 8 Eiji Ôno, Kindai doitsu shakai-shi kenkyû josetsu [Einführende Forschungen über die moderne deutsche Gesellschaftsgeschichte]. Tokyo 1982.
 - 9 Kazuyoshi Kawamoto, Doitsu shakai seisaku, chûkansô seisaku-shi ron [Sozialpolitik und Mittelstandspolitik in Deutschland], Bd.1. Tokyo 1997.
 - 10 Tetsuya Yamane, Pan to minshû. 19 seiki puroisen no moraru ekonomî [Brot und Volk. Sittliche Ökonomie in Preußen des 19. Jahrhunderts]. Tokyo 2003.
 - 11 Keiichi Kitazumi, Kindai doitsu kanryô kokka to jiti [Bürokratischer Staat und regionale Autonomie im Modernen Deutschland.] Tokyo 1990.
 - 12 Barbara Vogel, Allgemeine Gewerbefreiheit. Die Reformpolitik des preußischen Staatskanzlers Hardenberg (1810-1820). Göttingen 1983.
 - 13 Bernd von Münchow-Pohl, Zwischen Reform und Krieg. Untersuchungen zur Bewußtseinlage in Preußen 1809-1812. Göttingen 1987.
 - 14 Andrea Hofmeister-Hunger, Pressepolitik und Staatsreform. Die Institutionalisierung staatlicher Öffentlichkeitsarbeit bei Karl August von Hardenberg (1792-1822). Göttingen 1994.
 - 15 Ludger Herrmann, Die Herausforderung Preußens. Reformpublizistik und politische Öffentlichkeit in Napoleonischer Zeit (1789-1815). Frankfurt 1998.
 - 16 Rudolf Vierhaus (Hrsg.), Deutsche patriotische und gemeinnützige Gesellschaften. München 1980.
 - 17 Annalen der Märkischen Oekonomischen Gesellschaft zu Potsdam, 1792-1803: Gemeinnütziges Volksblatt, 1798-1803.
 - 18 Hanno Schmitt / Frank Tosch (Hrsg.), Vernunft fürs Volk. Friedrich Eberhard von Rochow im Aufbruch Preußens. Berlin 2001.
 - 19 Ludwig Deike, Die Celler Sozietät und Landwirtschaftsgesellschaft von 1764, in: Vierhaus (Hg.), Gesellschaften (wie Anm. 16), S. 161-194.
 - 20 Takeo Ônishi veröffentlichte eine ausgezeichnete Arbeit über das Hardenbergsche Steuerreform. Siehe: Ônishi, Harudenberuku sozei kaikaku to Puroisen kokka zaisei saiken [Steuerreform Hardenbergs und Wiederaufbau der Preußischen Staatsfinanzen]. Tokyo 1978.